

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

| | |
|--------------|---|
| Suchabfrage | 24.04.2024 |
| Thema | Keine Einschränkung |
| Schlagworte | Arbeitsmarkt |
| Akteure | Anderer Verband im Bereich Kultur, Medien und Sprachen |
| Prozesstypen | Keine Einschränkung |
| Datum | 01.01.1965 - 01.01.2021 |

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Gerber, Marlène

Bevorzugte Zitierweise

Gerber, Marlène 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Arbeitsmarkt, Anderer Verband im Bereich Kultur, Medien und Sprachen, 2015*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-----------------------------------|---|
| Allgemeine Chronik | 1 |
| Bildung, Kultur und Medien | 1 |
| Medien | 1 |
| Radio und Fernsehen | 1 |

Abkürzungsverzeichnis

SRG Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft

SSR Société suisse de radiodiffusion

Allgemeine Chronik

Bildung, Kultur und Medien

Medien

Radio und Fernsehen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 24.11.2015
MARLÈNE GERBER

Gegen den **geplanten Stellenabbau beim Westschweizer Radio und Fernsehen** (RTS) – vorgesehen sind 20–37 Entlassungen sowie 20–30 Frühpensionierungen – streikten im November 2015 um die fünfzig RTS-Mitarbeitende in Genf sowie weitere in Lausanne. Die Streikführer kritisierten die geplanten Massnahmen als voreilig. Darüber hinaus habe man im Gespräch mit der SRG verschiedene alternative Einsparmöglichkeiten vorgeschlagen, von denen jedoch keine aufgegriffen worden sei. Das Schweizer Syndikat Medienschaffender (SSM) führte den innerhalb der SRG insgesamt 250 Arbeitsplätze umfassenden Stellenabbau auf den Bundesgerichtsentscheid von verganginem Frühjahr zurück, demzufolge auf die Empfangsgebühren nicht mehr länger eine Mehrwertsteuer erhoben werden darf, sowie auf das im selben Jahr an der Volksabstimmung angenommene RTVG, welches den regionalen Radio- und Fernsehsendern eine Gebührenerhöhung von 4% auf 6% verspricht.¹

1) TG, 25.11.15